

## Faesers Medien-Inszenierungen: Hinter den Kulissen von Polizeieinsätzen

Einblicke in den umstrittenen Polizeieinsatz gegen das Compact-Magazin und die mögliche Vorabinformierung der Presse.



### Polizeieinsatz gegen Compact-Magazin - Journalisten als Verbündete der Macht

Die Verbindungen zwischen Politik, Polizei und Medien standen erneut im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, als Bundesinnenministerin Nancy Faeser am Dienstag einen weiteren Schlag gegen die rechtsextreme Szene vollzog. Dieser Einsatz zielte auf das rechtsextreme Magazin Compact ab, das in einer verfassungsrechtlich umstrittenen Aktion verboten wurde. Begleitet wurde die Razzia einmal mehr von einer Vielzahl journalistischer Präsenz vor Ort, die Zweifel daran aufkommen lässt, ob die Medien im Vorfeld informiert wurden.

#### Orte und Umfang des Einsatzes

Bereits ab den frühen Morgenstunden durchsuchten insgesamt 339 Einsatzkräfte Liegenschaften in Falkensee und Werder an der Havel in Brandenburg sowie in Battenberg/Eder in Hessen. Auch Wohnungen von zehn führenden Akteuren in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen wurden durchkämmt. Nancy Faeser verkündete stolz die groß angelegte Operation, begleitet von einer umfassenden medialen Berichterstattung.

## **Presse und Medien: Spontane Berichterstattung oder Insiderwissen?**

Dass zahlreiche Reporter, Fotografen und Kameraleute pünktlich vor Ort waren, um die Razzia zu dokumentieren, wirft die Frage auf, ob eine vorherige Absprache zwischen Journalisten und Sicherheitsbehörden stattgefunden hat. Ein Vergleich zu einem früheren Fall zeigt, dass der Verdacht nicht aus der Luft gegriffen ist. Laut einer Dokumentation des Nachrichtenmagazins Bild plant die Redaktion oft im Voraus mit geheimen Informationen von staatlichen Stellen, wie es während des Hisbollah-Verbots im April 2020 der Fall war.

## **Verbindungen zwischen Medien und Staat**

Die Nähe zwischen Journalist:innen und Politiker:innen ist nicht neu. Jules Reichelt, der damalige Chefredakteur von Bild, verwies in der Amazon-Dokumentation „BILD.Macht.Deutschland?“ darauf, wie vertrauliche Besprechungen mit dem Innenminister ihn und seine Kollegen in die Lage versetzen, vorab über geplante staatliche Maßnahmen berichten zu können. Solche Beziehungen werfen Fragen zur Unabhängigkeit und zur Rolle der Medien in der Demokratie auf.

## **Kritik und mögliche Gefahren**

Die Opposition sowie verschiedene Journalist:innen kritisieren diese Praxis und weisen auf die möglichen Gefahren für die Ermittlungen hin. Konstantin von Notz, ein innenpolitischer Sprecher der Grünen, äußerte Zweifel an der Rechtmäßigkeit solcher verdeckten Öffentlichkeitsarbeit. Er hob hervor, dass solche Praktiken nicht nur die Ermittlungen gefährden, sondern auch Fragen zur Rechtsstaatlichkeit aufwerfen.

## **Reaktionen der Beteiligten**

Das Bundesministerium des Innern (BMI) wies jede Beschuldigung zurück und betonte, dass keine Vorabinformationen an Medien gegeben würden, um die Maßnahmen nicht zu gefährden. Dennoch bleiben Zweifel bestehen, ob diese Aussage der Realität entspricht, besonders angesichts der detaillierten Berichterstattung und der Anwesenheit von Medienvertreter:innen bei hochsensiblen Polizeiaktionen.

Auch die taz, eine linksalternative Tageszeitung, gab in einem Artikel zu, dass einige Medienhäuser vorab informiert wurden. Diese Informationspolitik, so der Artikel, kann das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Berichterstattung weiter untergraben und die Frage aufwerfen, inwieweit die Medien als unbewusste Verbündete der Mächtigen agieren.

## **Auswirkungen auf die Gemeinschaft und zukünftige Maßnahmen**

Diese Art der Berichterstattung hat weitreichende Auswirkungen auf die Gemeinschaft. Sie kann das Vertrauen in staatliche Institutionen sowie in die Medien erschüttern und das Gefühl von Transparenz und Gerechtigkeit in der Gesellschaft beeinträchtigen. Es ist daher essenziell, dass klare und transparente Kriterien für den Informationsfluss zwischen Staat und Medien geschaffen werden.

Politische Maßnahmen zur Verhinderung solcher Vorfälle könnten strengere Regelungen und Kontrollen beinhalten, um sicherzustellen, dass keine Vorabinformationen an bestimmte Medien weitergegeben werden. Darüber hinaus sollte die Rolle der Medien in der Demokratie weiter gestärkt und ihre Unabhängigkeit gewahrt werden, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen und zu sichern.

Eine engere Überwachung und eine klare Trennung der Aufgabenbereiche zwischen staatlichen Sicherheitskräften und Medienhäusern könnten ebenfalls dazu beitragen, solche Situationen in Zukunft zu vermeiden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sowohl Politik als auch Medien Verantwortung übernehmen und Maßnahmen ergreifen, um die Prinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu schützen.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**